

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stephan Bothe (AfD)

Maßnahmen anlässlich der steigenden Anzahl von Geldautomatensprengungen

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 07.03.2023

Nach dem vermehrten Auftreten von Geldautomatensprengungen traf sich die Landesinnenministerin mit Vertretern der Bank- und Kreditwirtschaft. Diesbezüglichen Medienberichten¹ ist zu entnehmen, dass Bankenvertreter zugesichert hätten, die Sicherheitsvorkehrungen an Geldautomaten zu verbessern und die Zahl der Automaten zu verringern.

Bereits der Vorgänger der amtierenden Innenministerin, Boris Pistorius, hat am 3. Dezember 2021 die Banken zum Abschluss der 215. Sitzung der Innenministerkonferenz „mit Nachdruck aufgefordert, mehr für die Sicherheit ihrer Geldautomaten zu tun“ und dies mit der Aussage verbunden, anderenfalls seien entsprechende gesetzliche Vorgaben nicht ausgeschlossen.²

Um Verdächtige effektiv verfolgen zu können und die Gefahr für Polizeibeamte bei etwaigen Verfolgungsjagden nach Automatensprengungen zu verringern, fordert die Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen die flächendeckende Einführung von Nagelsperren („Stop-Sticks“) als Standardausrüstung in sämtlichen Polizeifahrzeugen.³

In unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen hat Innenminister Reul eine Sonderkommission im Landesinnenministerium eingesetzt, um Geldautomatensprengungen mit tödlichen Folgen zu verhindern.⁴

1. Haben die Kreditinstitute in Niedersachsen nach Erkenntnissen der Landesregierung seit Dezember 2021 die Sicherheitsmaßnahmen bezüglich ihrer Geldautomaten erhöht? Falls ja, welche Maßnahmen wurden ergriffen, und hat die Landesregierung eine Erklärung für die trotzdem steigenden Zahlen der Geldautomatensprengungen?
2. Hat die Landesregierung kontrolliert, ob die Kreditinstitute der Forderung nachgekommen sind? Wenn ja, wie erfolgte dies?
3. Um welche gesetzlichen Maßnahmen, die unter Landesinnenminister Pistorius in Aussicht gestellt wurden, handelte es sich? Aus welchen Gründen wurden diese nicht umgesetzt?
4. Wie viele Stop-Sticks stehen der niedersächsischen Polizei derzeit zur Verfügung (bitte Gesamtanzahl und Prozentanteil der mit Stop-Sticks ausgerüsteten Einsatzfahrzeuge nennen)?
5. Welche Kosten entstünden, um sämtliche Einsatzfahrzeuge mit Stop-Sticks auszustatten?
6. Aus welchen Gründen verzichtete die Landesregierung bislang auf eine flächendeckende Ausstattung der Polizei mit diesem Instrument?
7. Sind der Landesregierung besonders belastete Gebiete (z. B. in geographischer und/oder struktureller Hinsicht) bekannt, in denen Geldautomatensprengungen besonders häufig vorkommen?

¹ Z.B. „Innenministerin setzt Banken unter Druck, in: Neue Osnabrücker Zeitung vom 3. März 2023, S. 11.

² Vgl. <https://www.boersen-zeitung.de/banken-finanzen/pistorius-banken-muessen-geldautomaten-schuetzen-06844638-5437-11ec-b45e-40d03ac0b54e>, zuletzt abgerufen am 03.03.23.

³ Vgl. https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/de_gdp-niedersachsen-geldautomatensprengungen-duerfen-sich-nicht-mehr-lohnen, zuletzt abgerufen am 03.03.23.

⁴ Vgl. <https://www.land.nrw/pressemitteilung/innenminister-setzt-sonderkommission-gegen-geldautomatensprenger-ein>, zuletzt abgerufen am 03.03.23.

8. Gibt es in Niedersachsen Sonderkommissionen, die für die gezielte Bekämpfung von Geldautomatensprengungen zuständig sind? Falls ja, welche, und sind weitere in Planung? Falls nein, warum nicht?
9. Sieht die Landesregierung Handlungsbedarf im Hinblick auf die steigende Zahl von Geldautomatensprengungen über Gespräche mit Vertretern der Banken und Sparkassen hinaus? Falls ja, welchen?